



## **Statement**

(Es gilt das gesprochene Wort!)

31. Januar 2024

### **Stefan Körzell**

Mitglied des Geschäftsführenden Bundesvorstands des DGB

### **Statement zur Jahrespressekonferenz 2024**

Berlin, 31. Januar 2024

Meine Damen und Herren,

in vielen Bereichen wurde in den letzten Jahren und Jahrzehnten eine falsche Politik gemacht. Allzu oft war der Fetisch der schwarzen Null das Nonplusultra. Die Probleme unseres Landes wurden aufgeschoben. Frau Fahimi hat es gesagt: Die Schuldenbremse ist eine Investitionsbremse. Deutschland spart damit an seiner Zukunftsfähigkeit. Deshalb brauchen wir jetzt dringend eine Trendumkehr.

Im Bundesfinanzministerium werden jetzt schon neue Kürzungspläne für den Haushalt 2025 geschmiedet. So kommen wir nicht weiter. Wer noch länger wartet und wenig investiert, der vergrößert die Probleme. Zuletzt hat das ifo-Institut nur noch 0,7 Prozent Wachstum vorhergesagt. Andere Institute rechnen mit negativem Wachstum im laufenden Jahr. Diese Entwicklung wird sich verfestigen, wenn weiter Politik nach Kassenlage gemacht wird.

In China wird investiert, in den USA wird investiert. Es ist vollkommen unverständlich, warum **wir** das nicht tun. Deutschland und Europa dürfen den Anschluss nicht verlieren. Ohne massive öffentliche Investitionen lässt sich der enorme Investitionsstau in Deutschland nicht auflösen. Die Mehrheit der Bevölkerung sieht das ähnlich. Eine Mitte Januar veröffentlichte Allensbach-Umfrage - im Auftrag der FDP - hat es ergeben: Keinesfalls solle der Staat sparen im Gesundheitswesen, bei der Bildung, beim Wohnungsbau, bei Energiewende und Klimaschutz, beim Ausbau des Schienennetzes sowie bei der Bundeswehr.

Allein die Kommunen schieben laut KfW einen Investitionsstau von ca. 160 Mrd. Euro vor sich her. Für die Transformation der Wirtschaft, gute Bildung und eine moderne digitale Infrastruktur bräuchte es in den kommenden Jahren zusätzlich hunderte Milliarden Euro an Investitionen. Beim sozialen Wohnungsbau müssten Bund und Länder die öffentlichen Fördermittel eigentlich verdoppeln, damit zumindest die notwendigen 100.000 Sozialwohnungen jährlich entstehen können.

Es geht hier auch um Generationengerechtigkeit. Wenn an der Zukunftsfähigkeit des Landes gespart wird, dann geht DAS zu Lasten kommender Generationen.

Wir brauchen eine aktive Industriepolitik, die Anreize für private Investitionen setzt – und natürlich müssen sich die Unternehmen dabei gleichzeitig zur Standort- und Tariftreue verpflichten. Wir wollen keine Sparvariante der sozial-ökologischen Transformation, bei der das „Soziale“ hinten runterfällt und es zum Abbau von Beschäftigung kommt. Da machen wir nicht mit!

Ich möchte an dieser Stelle auch auf die Situation der Beschäftigten eingehen. Und zwar auf diejenigen, die am unteren Ende der Lohnskala arbeiten – auf diejenigen, die den gesetzlichen Mindestlohn bekommen.

Seit dem 1. Januar liegt der Mindestlohn bei 12,41 Euro. Wenn es dabei bleibt, steigt er zum 1. Januar des kommenden Jahres noch einmal um 41 Cent auf dann 12,81 Euro. Das sind magere 3,3 Prozent mehr pro Jahr.

Sie wissen es, dieser Mini-Erhöhung haben die Gewerkschaftsvertreter\*innen in der Mindestlohnkommission nicht zugestimmt. Auf Betreiben der Arbeitgeberbank in der Kommission wurden das im Juni 2023 so durchgedrückt – mit der ausschlaggebenden Stimme der Vorsitzenden der Mindestlohnkommission.

Wir haben immer darauf hingewiesen, dass die Mindestlohn-Empfänger in Zeiten hoher Inflation durch diese Entscheidung von der Lohnentwicklung abgekoppelt sind. Wir sind damit auch weit entfernt von einem existenzsichernden, angemessenen Mindestlohn – den die neue Europäische Mindestlohn-

Richtlinie vorsieht. Die nennt nämlich 60 Prozent des mittleren Einkommens von Vollzeitbeschäftigten als Ziel. Zurzeit wären das circa 14 Euro. – Sie müssen wissen, dass diese Europäische Mindestlohnrichtlinie vom Gesetzgeber bis November 24 in nationales Recht umzusetzen ist, wie der Wissenschaftliche Dienst des Bundestages mitteilt. Damit ist für uns klar, was passieren muss:

Entweder erreichen wir einen existenzsichernden Mindestlohn in der Mindestlohnkommission – und die Gewerkschaften wollen ohne Zweifel an der Mindestlohnkommission festhalten.

Anderenfalls braucht sich niemand zu wundern, wenn erneut ein „politischer Eingriff“ diskutiert wird. Und diese Debatten finden in den Parteien bereits statt.

Deshalb fordere ich die Arbeitgeber in der Mindestlohnkommission auf, gemeinsam mit uns im ersten Halbjahr dieses Jahres einen neuen Vorschlag zur Erhöhung des Mindestlohns vorzulegen. Wir wollen einen neuen Vorschlag, der den aktuellen Lebensrealitäten der Menschen entspricht und der einen angemessenen Mindestlohn enthält, wie ihn die Europäische Richtlinie vorsieht.

Nur durch diesen Schritt verhindern wir als Sozialpartner gemeinsam, dass die Politik sich erneut in die Mindestlohnfindung einmischt. Dieser Verantwortung sollten sich beide Sozialpartner bewusst sein.